



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Rechte und Gleichstellung von LGBTIQIA+-Personen in der EU vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der belgischen EU-Ratspräsidentschaft für eine inklusive und diversere Gesellschaft.

Der Landtag unterstützt die vorgelegte gemeinsame EU-Erklärung zur Achtung, Umsetzung und Wahrung der Menschenrechte von LGBTIQIA+-Personen mit dem Ziel, die EU-Mitgliedstaaten zu einer Stärkung der Rechte von LGTBTQIA+-Personen zu verpflichten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine weitere Förderung der Menschenrechte mit Fokus auf LGBTIQIA+-Personen einzusetzen, indem ausreichende Mittel bereitgestellt werden und mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet wird, um folgende Ziele zu erreichen:

1. Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTIQIA+-Personen
2. Gewährleistung der Sicherheit von LGBTIQIA+-Personen
3. Aufbau inklusiver Gesellschaften
4. Führungsrolle der EU bei der Forderung nach weltweiter Gleichstellung von LGBTIQIA+-Personen.

Begründung:

Der belgische EU-Ratsvorsitz organisierte am 17. Mai 2024 eine Konferenz über die Menschenrechte von LGBTIQIA+-Personen und bereitete eine EU-Erklärung zur Förderung der LGBTIQIA+-Politik vor. 18 Länder stimmten zu, neun EU-Länder (Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Litauen, Lettland, Tschechien, Slowakei) lehnten die Erklärung ab.

2020 verabschiedete die Europäische Kommission eine Strategie zur Gleichberechtigung von LGBTIQIA+-Personen.

Am 2. Februar 2024 hat die Europäische Kommission einen Überblick über die Umsetzung der EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQIA+-Personen 2020-2025 (2023/2082(INI)) vorgelegt mit dem Fazit: „In der EU und weltweit bleibt viel zu tun.“ Der Bericht betonte die Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Organisationen für LGBTIQ+-Rechte zu unterstützen und forderte die Kommission auf, eine neue Strategie 2025-2030 mit Umsetzungsplan und Ressourcenzuweisung zu entwickeln. Zudem solle die nächste Kommission ein Mandat für das Gleichstellungsmitglied sichern.

Nach den Ergebnissen der dritten Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zu LGBTQIA+-Personen haben Mobbing, Belästigung und Gewalt einen neuen Höhepunkt erreicht. Junge Menschen sowie trans- und intersexuelle Menschen sind am stärksten betroffen.